



BDI

Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.

POSITIONSPAPIER

Für eine moderne Sicherheitspolitik: Handlungsempfehlungen der deutschen Industrie

Einführung

Welt im Wandel: Globale Risiken

Die weltweiten Risiko-, Bedrohungs- und Konfliktszenarien haben sich in den vergangenen Jahren wieder einmal stark gewandelt, die Sicherheitslage hat sich deutlich erkennbar verschärft. Die Destabilisierung von Regionen, z. B. im Nahen und Mittleren Osten, der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine, Migrationsbewegungen, internationaler Terrorismus, Wirtschaftsspionage, die Störung globaler Wertschöpfungsketten – all diese Faktoren haben unabhängig von ihrer geografischen Verortung unmittelbaren Einfluss auf die Sicherheit Deutschlands und auf die geschäftlichen Aktivitäten deutscher Unternehmen.

Diese Entwicklungen stellen altbekannte und neue Anforderungen an die deutsche Sicherheitspolitik. Sie erfordern ganzheitliche, ressortübergreifende und langfristige Antworten im Sinne eines „umfassenden Sicherheitsbegriffs“. Denn Sicherheit bildet in jeder Gesellschaft die Voraussetzung für Wohlstand sowie politische und soziale Stabilität. Sie gewährleistet die Rahmenbedingungen, in denen sich Kultur, Handel und Wirtschaft überhaupt erst entwickeln können.

Selbstverständnis und Interessen

Trotz seines wirtschaftlichen und politischen Gewichts hat Deutschland immer noch Schwierigkeiten, seine internationale Rolle zu definieren. Für eine umfassende und strategische Sicherheitspolitik ist es an der Zeit, dass Deutschland seine Bedeutung im internationalen Gefüge anerkennt und ausfüllt. Es ist gerade das wirtschaftliche und politische Gewicht, welches Deutschland verpflichtet, gemeinsam mit Partnern, mehr Verantwortung für die Sicherheit und Stabilität Europas zu übernehmen.

Mit dem aktuellen Weißbuch 2016 formuliert die Bundesregierung die sicherheitspolitischen Herausforderungen und Ziele und stellt auch den Zusammenhang zwischen sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interessen her. Nun gilt es die Handlungsabsichten zu konkretisieren und notwendige Folgemaßnahmen umzusetzen. Gemeinsame Sicherheitsinteressen und die Mittel zu ihrer Verfolgung müssen durch Politik, Gesellschaft und Wirtschaft definiert und ausgestaltet werden.

Die Rolle der deutschen Industrie

Deutsche Industrieunternehmen quer durch alle Branchen können durch ihre internationale Vernetzung, ihre Expertise auf globalen Märkten und Ortskenntnisse einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit leisten. Diese Stärken der deutschen Industrie sollten durch die Politik intensiver genutzt werden.

Technische Fähigkeiten und Produkte deutscher Unternehmen bilden einen unverzichtbaren Bestandteil für innere Sicherheit und damit auch für souveräne Handlungsfähigkeit nach außen. Die deutsche Industrie ermöglicht mit ihrem technologischen Know-how, hochwertigen Produkten und Dienstleistungen eine anforderungsgerechte Ausrüstung staatlicher Sicherheits-, Zivilschutz- und Streitkräfte. Sie entwickelt und produziert maßgeschneiderte Ausrüstungsgegenstände, Security- und Safety-Systeme für den Eigenschutz und sicheren Betrieb der Unternehmen und leistet damit einen strategischen Beitrag für die internationale Handlungsfähigkeit Deutschlands.

Handlungsempfehlungen

1. Investitionen in Sicherheit erhöhen

Trotz der Entscheidung für den Brexit und steigender protektionistischer Entwicklungen in vielen Ländern steht fest, dass kein Nationalstaat allein die weltpolitischen Herausforderungen bewältigen kann – nicht in der Finanzwelt, nicht im Umgang mit den weltweiten Migrationsströmen, nicht im Kampf gegen den Terror oder gegen Bedrohungen aus dem Cyberraum. Verflochtene Gesellschaften, die zunehmend vernetzte Weltwirtschaft und die schiere Größe und Vielfalt der Herausforderungen erfordern gemeinsames Handeln auf internationaler Ebene.

In der Debatte, wie viel der Schutz vor den vielschichtigen Bedrohungen wert ist, geht es vor allem um die Verteidigungsausgaben und das Zwei-Prozent-Ziel der NATO sowie um Investitionen in den Bereich Cybersicherheit. Insgesamt muss Deutschland deutlich mehr in seine Sicherheit investieren.

2. Wirtschaftsschutz weiterentwickeln

Wirtschaftsspionage, Sabotage, die organisierte Kriminalität und Terrorismus – auch im Cyberraum – stellen weltweit Bedrohungen für deutsche Unternehmen und die Unversehrtheit von Mitarbeitern, Unternehmensstätten sowie von Handels- und Logistikketten dar. Der Schutz gegen jede einzelne Bedrohungsform ist für sich gesehen schon eine enorme Herausforderung. Eine effektive Abwehr gegen deren Kombination können weder Sicherheitsbehörden noch Unternehmen alleine leisten. Vor diesem Hintergrund hat sich der BDI nachdrücklich für die Ausarbeitung einer Wirtschaftsschutzstrategie eingesetzt und sich maßgeblich an der Gründung der „Initiative Wirtschaftsschutz“ beteiligt. Die „Initiative Wirtschaftsschutz“ ist ein erster Meilenstein in der Kooperation von Staat und Wirtschaft. Erstmals gibt es einen institutionalisierten Rahmen für die Zusammenarbeit und den wechselseitigen Informationsaustausch zu sämtlichen Fragen der Sicherheit in der Wirtschaft. Gemeinsam entwickeln Staat und Wirtschaft Maßnahmen zum Schutz deutscher Unternehmen, informieren auf der gemeinsamen Internetplattform [Wirtschaftsschutz.info](https://www.wirtschaftsschutz.info) und sensibilisieren hinsichtlich der Gefährdungslage und Risiken durch Wirtschaftsspionage und Wirtschaftskriminalität.

Angesichts der komplexen und sich stetig wandelnden Gefahren für die deutsche Industrie erfordert die Aufgabe Wirtschaftsschutz auch weiterhin ein konzertiertes Vorgehen aller Kräfte. Der BDI setzt sich für die gemeinsame Weiterentwicklung und den Ausbau der „Initiative Wirtschaftsschutz“ ein, um weitere Maßnahmen für den systematischen Schutz deutscher Unternehmen zu entwickeln. Die einzelnen Handlungsfelder für die Weiterentwicklung und Stärkung finden sich im neuen Impulspapier „Wirtschaftsschutz 4.0“ wieder. Insbesondere geht es um ein erweitertes gemeinsames Grundverständnis des Begriffs Wirtschaftsschutz.

3. Cybersicherheit ausbauen

Deutschland befindet sich inmitten der digitalen Transformation. Eine vom BDI in Auftrag gegebene Studie zeigt: Bis zum Jahr 2025 kann Europa bis zu 1,25 Billionen Euro zusätzliche industrielle Wertschöpfung erzielen.ⁱ Doch den enormen Potenzialen stehen auch große Herausforderungen gegenüber. In den letzten fünf Jahren haben die jährlichen Cyberattacken stark zugenommen, von rund zehn Millionen 2010 auf knapp 60 Millionen 2015.ⁱⁱ Besonders bei großen Unternehmen stieg die Anzahl und Komplexität der Angriffe deutlich. Weltweite Cyberattacken offenbaren Sicherheitslücken, doch längst nicht nur bei Unternehmen sondern auch bei staatlichen Stellen, kritischen Infrastrukturen (KRITIS) und Privatpersonen. Auch die rasante Verbreitung von Fake News und Desinformationskampagnen im Internet hat direkte Auswirkungen auf Staat und Wirtschaft. Die digitalen Bedrohungsszenarien sind so vielfältig wie wandelbar und insgesamt sieht sich die global vernetzte Gemeinschaft einer immer professioneller organisierten Cyberkriminalität gegenüber. Zum Schutz insbesondere der kritischen Infrastrukturen sind stärkere Vorgaben für den verpflichtenden Einsatz von Sicherheitstechnologien, z. B. durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) erforderlich.

Cybersicherheit ist eine zentrale Voraussetzung für den Erfolg von Industrie 4.0 und der digitalen Gesellschaft. Die deutsche Industrie trägt mit ihrem verantwortlichen Handeln zur Sicherheit des Wirtschafts- und Digitalstandorts ebenso wie zur Sicherung eines deutschen als auch europäischen Wettbewerbsvorteils bei. „Security by Design“ muss bereits bei der Konzeption als Maßgabe für sichere IT-Systeme mitgedacht werden. Deutsche Unternehmen bieten zahlreiche hochwertige IT-Sicherheits- und Kryptolösungen an. Ein zielführender und differenzierter Ansatz zur Gewährleistung der Cybersicherheit gelingt daher nur in enger Abstimmung mit der Industrie. Insgesamt muss Cybersicherheit als gesamtstaatliche Aufgabe und strategischer Standortvorteil verstanden werden. Dies erfordert deutlich höhere Investitionen in die Standortförderung, um im internationalen Vergleich mit globalen Unternehmen und Behörden wettbewerbsfähig zu sein. Prävention, Ende-zu-Ende-Verschlüsselung und die unverzügliche Beseitigung von bekannten Schwachstellen durch Hard- und Softwareprovider sind ebenso unerlässlich wie transparentes staatliches Handeln. Es bedarf eines klaren und verlässlichen grenzüberschreitenden Rechtsrahmens, der die Verantwortung in der Wertschöpfungskette unter allen Stakeholdern durch Schaffung eines Level-Playing-Fields adäquat verteilt. Auch die Nutzer von Informations- und Kommunikationstechnologie müssen intensiver über mögliche Risiken und Präventionsmaßnahmen informiert und die Bildung zu Cybersecurity auf allen Ebenen intensiviert werden. Im BDI-Positionspapier [„Cybersicherheit in Deutschland und Europa“](#) finden sich ausführliche Handlungsempfehlungen.

4. Sicherheits- und Verteidigungsindustrie stärken

Eine leistungs- und wettbewerbsfähige nationale wehrtechnische Industrie ist ein wichtiger Bestandteil für die sicherheitspolitische Vorsorge Deutschlands. Sie ist Teil des deutschen Beitrags zu einer glaubhaften europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Schlüsseltechnologien und industrielle Kapazitäten in Deutschland sichern im europäischen und transatlantischen Kontext deutsche Mitsprache, Mitgestaltungs- und Kooperationsfähigkeit und haben darüber hinaus sicherheitspolitische Relevanz. Die Einbindung deutscher Unternehmen in internationale Wertschöpfungsketten ist eine Grundvoraussetzung für unsere Kooperationsfähigkeit. Viele Partner und Verbündete sind auf verlässliche deutsche Zulieferungen angewiesen.

Die rüstungspolitischen Rahmenbedingungen sind auf nationaler und europäischer Ebene so zu gestalten, dass in Deutschland und Europa eine leistungs- und wettbewerbsfähige rüstungsindustrielle Basis, einschließlich ihres Mittelstands, erhalten bleibt und sich weiterentwickeln kann. Trotz derzeit steigender Verteidigungsausgaben, ist die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie mit einer Exportquote von über 50 Prozent maßgeblich auf die Ausfuhr ihrer Produkte angewiesen. Der Export sichert das Fortbestehen der Branche und damit den Erhalt von Schlüsseltechnologien und „technologischer Souveränität“ in Deutschland. Die Beschaffung der Bundeswehr allein ist dafür nicht ausreichend.

5. Rüstungsexportkontrolle europäisieren

Rüstungsexporte sind Mittel zur Politikgestaltung und Instrumente deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Die deutsche Industrie bekennt sich zu den bestehenden restriktiven und verantwortungsvollen Rüstungsexportbestimmungen. Gleichwohl steht insbesondere die Genehmigungspraxis häufig einer engeren europäischen Kooperation in der Sicherheitspolitik und gleichen Wettbewerbsbedingungen im Weg. Aufgrund des strengen deutschen Rüstungsexportregimes und deren Anwendung werden selbst Zulieferungen von Komponenten an EU- und NATO-Partner erschwert und zeitlich erheblich verzögert. In der Folge äußern europäische Partnerländer Zweifel an der Zusammenarbeit mit Deutschland.

Europäische Regierungen sollten sich nicht gegenseitig daran hindern, Rüstungsgüter aus gemeinsamer Entwicklung oder Fertigung auszuführen. Neue Abkommen sind notwendig, mit denen sich die Regierungen verpflichten, die für die Lieferung von Einzelteilen und Komponenten an das ausführende Land erforderlichen Genehmigungen zu erteilen. Mit der Zulassung von „De-minimis“-Regeln und der Wiedereinführung von Komplementärgenehmigungen könnten Kooperationen gestärkt werden. Im Ergebnis würde damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen deutlich verbessert und zugleich zur Integration der europäischen Rüstungsindustrie beigetragen werden. Insgesamt würde es gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsvorhaben befördern und die europäische Konkurrenzfähigkeit spürbar stärken. Gerade jetzt brauchen wir wieder mehr Kooperationsprojekte mit unseren europäischen Nachbarn. Die Entwicklung europäischer Standards für Ausfuhrbestimmungen von Rüstungsgütern ist ein notwendiger und zentraler Baustein einer gemeinsamen europäischen Sicherheitspolitik. Eine engere Zusammenarbeit und Abstimmung in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf EU-Ebene könnte darüber hinaus Kosten bei der

Rüstungsbeschaffung senken und die Effizienz steigern. Ein ähnliches Ziel verfolgt die Bundesregierung mit dem Strategiepapier zur Stärkung der Verteidigungsindustrie in Deutschland, doch bislang mangelt es an der Umsetzung des Zehn-Punkte-Programms.

6. Europäische Zusammenarbeit intensivieren

Deutschland hat mit seinen einzigartigen Industriestrukturen bestehend aus mittelständischen Unternehmen und Systemhäusern, integrierten Wertschöpfungsketten und seiner qualitativen Spitzentechnologie ein wirtschaftliches Erfolgsmodell. Deutsche Unternehmen bieten innovative Systeme und vielseitige Produkte. Sie leisten durch ihre industriellen Lösungen einen Beitrag für globale Herausforderungen – etwa durch leistungsfähige Infrastrukturen für Energie, Verkehr und Digitales sowie ganzheitliche Sicherheitslösungen. Um deutsche Kernkompetenzen zu stärken, brauchen Unternehmen offene Märkte. Gleichzeitig muss Deutschland auch weiterhin ein attraktiver Standort für Unternehmen bleiben. In einer interdependenten globalen Welt rechnen sich nationale Egoismen, Alleingänge und Abschottung weder für die Wirtschaft noch für die Politik.

Der erklärte politische Wille ist eine stärkere Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf EU-Ebene. Der deutsch-französische Ministerrat hat im Juli 2017 in Paris konkrete Projekte im Bereich Verteidigung und Sicherheit vereinbart. Die dort getroffenen Entscheidungen sind wegweisend für die deutsche und europäische Industrie. Der Europäische Verteidigungsfonds ist dabei eine wichtige Säule für die Finanzierung europäischer Rüstungsprojekte. Die Industrie unterstützt diese Bestrebungen nachdrücklich. Voraussetzung für das Gelingen des gesamten Vorhabens ist eine enge Einbindung der Industrie und ein regelmäßiger Austausch. Von zentraler Bedeutung sind konkrete Kooperationsprojekte – politisch, industriell und militärisch –, die Einbindung in Informationswege zur Früherkennung und der Austausch von Daten sowie abgestimmte Kooperationen im Ereignis- bzw. Krisenfall. Bei der Weiterentwicklung der Gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) brauchen wir verlässliche Rahmenbedingungen, die den Technologiestandort Deutschland und Europa stärken und sich nicht negativ auf deren Entwicklung auswirken.

7. Sicherheitsforschung ausbauen

Um das Innovationspotenzial der deutschen Wirtschaft, insbesondere von kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU), zu stärken sind nationale sowie europäische Forschungs- und Förderprogramme von zentraler Bedeutung. Nur mit dem Ausbau von Forschungsprogrammen, auch für die Verteidigungsindustrie, kann Deutschlands hohe Innovationskraft und der Erfolg in der Entwicklung von Spitzentechnologie im wehrtechnischen Bereich als auch für zivile Sicherheitstechnikanwendungen gesichert werden.

Viele Unternehmen sind sowohl im militärischen als auch im zivilen Bereich aktiv – Forschungsergebnisse kommen oftmals beiden Bereichen zugute. Sogenannte Zivilklauseln an Universitäten widersprechen der Freiheit der Lehre und der unternehmerischen Praxis. Die Selbstverpflichtung von wissenschaftlichen Einrichtungen ausschließlich für zivile Zwecke zu forschen, schränkt die Forschungsfreiheit in Deutschland ein. Gerade jetzt, in Zeiten hybrider Bedrohungen, ist die Verzahnung von ziviler und militärischer Forschung notwendig.

Größere Investitionen in zivile und militärische Sicherheitsforschung ermöglichen darüber hinaus wirkungsvolle Krisenprävention, z. B. durch die Förderung von Projekten, die bei der Früherkennung und der Bewältigung von Lagen hilfreich sind. Von der Forschung in die Praxis tragen Unternehmen zum Schutz der Gesellschaft vor diversen Bedrohungen bei. Im Vordergrund effizienter Forschungsprogramme sollten anwendungsorientierte Projekte mit einem starken Praxisbezug stehen. Wichtig ist eine stärkere und verbesserte Verzahnung von Bedarfsträgern, Forschung und Industrie.

8. Bundessicherheitsrat stärken

In Deutschland gibt es schon seit langem Diskussionen über die Stärkung des Bundessicherheitsrats, um den Mitteleinsatz und die Aktivitäten der sicherheitspolitisch aktiven Bundesministerien koordinierter und kohärenter zu gestalten. Der Bundessicherheitsrat sollte das zentrale sicherheitspolitische Entscheidungsgremium der Bundesregierung sein und nicht lediglich der Behandlung von Rüstungsexporten nachkommen. Mit einer breiteren Aufgabenstellung und der Übertragung zusätzlicher Kompetenzen sowie der Schaffung eines personellen Unterbaus würde dem Bundessicherheitsrat mehr Gewicht zugesprochen. Ein gestärkter Bundessicherheitsrat könnte einen wichtigen Beitrag zur besseren Koordination der einzelnen Ressorts leisten.

9. Sicherheitspolitik gesamtgesellschaftlich diskutieren

In einer immer schnelleren, komplexen und vernetzten Welt sind Krisen keine Ausnahme, sondern Teil des politischen Alltags. Eine breit angelegte, öffentliche Debatte über Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist daher wichtiger denn je. Sicherheit geht uns alle an. Bisweilen wird Sicherheitspolitik in Deutschland zu abstrakt und akademisch diskutiert und führt in breiten Teilen der Bevölkerung zu einem geringen Verständnis und wenig Akzeptanz. Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit seitens der Politik muss vor diesem Hintergrund intensiviert werden, insbesondere was die zunehmende Verknüpfung innerer und äußerer Sicherheit betrifft. Dazu gehört, dass sicherheitspolitische Strategiepapiere wie z. B. Weißbücher auch im Bundestag diskutiert werden und dass Politiker prominent Stellung zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik nehmen, um die Akzeptanz durch die Bevölkerung zu erhöhen.

Die Industrie bringt sich in die Diskussionen über die Gestaltung der Außen- und Sicherheitspolitik ein und kann einen Beitrag zur strategischen Orientierung leisten. Seitens der Politik müssen Verantwortlichkeiten entlang der gesamten „Sicherheitskette“, d. h. von der Prävention bis zur Reaktion, definiert und vorgehalten werden. Nur gemeinsam kann ein sicherheitspolitischer Dialog breitenwirksam gestaltet werden.

ⁱ Bundesverband der Deutschen Industrie, Roland Berger: Die digitale Transformation der Industrie, 2015

ⁱⁱ Handelsblatt: Der Krieg im Netz, 17.01.2017

Impressum

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
Breite Straße 29, 10178 Berlin
www.bdi.eu
T: +49 30 2028-0

Redaktion

Matthias Wachter
T: +49 30 2028-1579
m.wachter@bdi.eu

Anna-Lynn Ratz
T: +49 30 2028-1710
a.ratz@bdi.eu

August 2017